

Libanon der Zukunft vorbereiten, um daraus ein vereintes Volk zu machen mit all seiner kulturellen und geistigen Vielfalt“.

Die Wunden des Krieges vernarben langsam

Johannes Paul II. vermied es, die Besatzungsmächte Syrien und Israel namentlich zu nennen. In den Reden wie auch im Synodendokument spricht er wohl von der Unerträglichkeit fremder militärischer Kräfte im Land. Die internationale Gemeinschaft müsse den Libanesen bei der Wiedererlangung des Friedens in einem von allen anerkannten und respektierten Staat helfen. Während einer Eucharistiefeier mit fast einer halben Million Menschen wich der Papst von seinem Redemanuskript ab und fügte mit Blick auf die israelischen Luftangriffe im Südlibanon hinzu: „Wenn von Tyrus und Sidon die Rede ist, kann ich es nicht unterlassen, das große Leid zu erwähnen, das die dortige Bevölkerung erlebt.“ Der Appell des Papstes: Das Land brauche neue Hoffnung, „damit der Libanon seine Rolle in Nahost, unter den Nachbarländern und gemeinam mit allen Ländern der Welt erfüllen kann“. Und zum Abschluß auf dem Flughafen sagte Johannes Paul II.: „Ich ermahne die Führer der Nationen zur Einhaltung des internationalen Rechtes, besonders in Nahost, damit die Souveränität, die rechtmäßige Autonomie und die Sicherheit der Staaten garantiert und das Recht und die verständlichen Wünsche und Ansprüche der Völker respektiert werden.“

Dazu solle auch das Ergebnisdokument der Libanonsynode beitragen, das eine detaillierte Analyse der kirchlichen

Situation auch in bezug auf die anderen christlichen Patriarchate vornimmt. Die Zusammenarbeit unter den katholischen Denominationen müsse intensiviert, die ökumenischen Anstrengungen müßten verstärkt und der interreligiöse Dialog – in allererster Linie mit den Muslimen des Landes – gefördert und verbessert werden. In den Gesprächen des Papstes mit den muslimischen Religionsführern ging es vor allem um die Jerusalemfrage. Der schiitische Scheich *Mohammed Chamseddine*, der sunnitische Scheich *Mohammed Kabbani* und Drusenscheich *Moursel Nasr* erklärten nach der Begegnung, daß sie gegenüber dem Papst gegen die Judaisierung des arabischen Teils von Jerusalem protestiert und auf dem Recht des Libanon bestanden hätten, gegen die israelische Besatzung zu kämpfen.

Die Libanonsynode und die Papstreise waren für das Selbstbewußtsein des Landes ein Meilenstein. Johannes Paul II. wollte ganz besonders das Synodenpapier weder als einen Abschluß noch als den Endpunkt eines Weges sehen: „Im Gegenteil, es ist eine Aufforderung an alle Libanesen... eine neue Seite der Geschichte aufzuschlagen. Es ist der Beitrag der Weltkirche zu einer größeren Einheit in der katholischen Kirche im Libanon, zur Überwindung der Spaltungen zwischen den verschiedenen Kirchen und zur Entwicklung des Landes, an der sich alle Libanesen beteiligen sollen“, so der Papst auf dem Flughafen von Beirut, wo langsam die Wunden des Krieges verheilen. Langsam, sehr langsam, denn das Bild von Syriens Staatschef Assad begrüßt den Besucher des Libanon noch immer am Flughafen. Dem Land im Aufbruch kann man nur mit dem Propheten Jesaja wünschen: „Die Pracht des Libanon kommt zu dir..., um meinen heiligen Ort zu schmücken; dann ehre ich den Platz, wo meine Füße ruhen“ (Jes 60,13).

Matthias Kopp

Zunehmende Verunsicherung

Politische und kirchliche Entwicklungen in Südkorea

Der Aufstieg Südkoreas zu einer asiatischen Wirtschaftsmacht hatte seinen Preis, wie sich jetzt wieder an einem Korruptionsskandal zeigt, in den auch der Präsident indirekt verwickelt ist. Sorgen bereitet auch die Lage in Nordkorea, die Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung dämpft. Die katholische Kirche stößt mit ihrem Wachstum an Grenzen und muß sich um eine Vertiefung des kirchlichen Lebens bemühen.

Der „Hanbo-Skandal“, die großangelegten Bestechungsaktionen eines Eisen- und Stahlkonzerns über Jahre hinweg, ist auf den ersten Blick nur einer der vielen Korruptionsskandale, an denen die koreanische Politik in den letzten Jahrzehnten nicht gerade arm war. Der Zusammenbruch des zweitgrößten Stahl- und Bauunternehmens des Landes, das mit fast 10 Milliarden Dollar verschuldet ist, stellt den größten Firmenzusammenbruch in der Geschichte Südkoreas

dar. Andererseits bekommt der Korruptionsfall des bankrotten Hanbo-Konzerns dadurch eine ganz andere Note, daß er einen Präsidenten betrifft, der als langjähriger Oppositionspolitiker eine grundlegende Wende in der koreanischen Politik versprochen hatte und der jetzt erleben muß, daß die alten Praktiken der Vorteilnahme im Amt bis in das Herz seiner eigenen Regierungsmannschaft reichen.

Mitte Mai wurde der Sohn des Präsidenten, *Kim Hyun-chul*,

zusammen mit neun anderen hochrangigen Politikern wegen seiner Verstrickung in den Hanbo-Skandal in Untersuchungshaft genommen und der Bestechung und Steuerhinterziehung beschuldigt. Die Wahlkampagne für die Präsidentenwahl im Jahr 1992, deren Manager der Sohn des jetzigen Präsidenten war, soll mit 67 Millionen US \$ von Hanbo unterstützt worden sein. Die Korruptionsvorwürfe treffen einen Präsidenten, der 1993 seine Regierungszeit angetreten hatte mit dem Versprechen, die *koreanische Krankheit* von Bestechung und moralischer Schwäche effektiv zu bekämpfen, um ein neues Korea durch Wandel und Reformen aufzubauen. Präsident *Kim Young-sam* legte für seine Person das feierliche öffentliche Versprechen ab, kein Geld für politische Zwecke anzunehmen und seine eigenen finanziellen Verhältnisse offenzulegen.

Wirtschaftlicher Aufstieg mit Schattenseiten

Anfänglich wurden tatsächlich konkrete Anstrengungen gemacht, die Korruption zu bekämpfen und Reformen in der Verwaltung, im Militär und in der Wirtschaft durchzuführen. Es zeigte sich aber bald, daß auch ehemalige Oppositionspolitiker, die jahrelang die Übel der vorausgegangenen Regierungen angeprangert hatten, nicht immun gegen die Versuchungen der Macht und des leichten Geldes waren.

Der Aufstieg Südkoreas zur elftstärksten Wirtschaftsmacht in den letzten Jahrzehnten beruht sicher in weiten Teilen auf dem Zusammenspiel zwischen der jeweiligen politischen Macht und den ca. 30 großen Wirtschaftskonzernen, die zusammen über 60 Prozent des koreanischen Bruttosozialprodukts erzeugen, wobei die Grenzen zwischen einer Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft und direkter Bestechung der jeweiligen politischen Machthaber durch die Wirtschaftsführer nie deutlich markiert waren. Beobachter stellen die Frage, ob der Präsident seine volle Amtszeit, die offiziell bis zum 25. Februar 1998 dauert, wird durchhalten können. Er hatte noch versucht, sich durch eine Regierungsumbildung im März dieses Jahres Luft zu verschaffen, indem er sich von belasteten Politikern trennte und mit dem neuen Ministerpräsidenten *Koh Kun* integre Persönlichkeiten in sein Kabinett aufnahm.

Koh Kun, der ehemalige Bürgermeister von Seoul, ist eine ideale Wahl, weil er 1990 vom damaligen Präsidenten *Roh Tae-woo* entlassen worden war, da er sich geweigert hatte, der Hanbo-Gruppe einen Großbauftrag zu erteilen, auf den sie wegen gezahlter Bestechungsgelder einen Anspruch zu haben glaubte. Die Ablösung des alten Ministerpräsidenten *Lee Soo-sung* war überfällig, nachdem Verteidigungsminister *Lee Yang-ho*, Innenminister *Kim Woo-suk* und der Minister für Gesundheit, *Lee Sung-ho*, wegen Verwicklung in den Bestechungsskandal in Haft genommen worden waren.

Wenn man den Meinungsumfragen Glauben schenken kann, ist die Popularität von Präsident Kim Young-sam von 80

Prozent zu Beginn seiner Amtszeit auf vernichtende 3,8 Prozent im April 1997 gesunken. In den letzten Monaten erschienen viele Autoaufkleber mit Texten wie: „Wir haben den falschen Präsidenten gewählt!“ oder: „Wir lehnen die Diktatur einer zivilen Regierung ab!“ Die Glaubwürdigkeit und moralische Legitimität der Regierung sind jedenfalls so sehr ramponiert worden, daß ihr Aktionsradius für den Rest der Regierungszeit drastisch beschnitten ist.

Lange Jahre galt Südkorea als eines der ärmsten Länder Asiens, das, durch den Bürgerkrieg in den 50er Jahren verwüstet, sich schwer tat, den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung zu finden. Erst 1970 hatte das Bruttosozialprodukt Südkoreas das von Nordkorea erreicht. Schließlich liegen die wichtigsten Vorkommen von Kohle und Eisenerz sowie die größten Industrieanlagen alle in Nordkorea. Der Aufstieg der südkoreanischen Wirtschaft fällt in die Zeit der politischen Militärdiktatur von *Park Chung-Hee* (1961–1979), der es verstand, die Führer der großen Unternehmen für seine Pläne der Wirtschaftsumstrukturierung zu gewinnen. Daß Park dabei die politischen Rechte und die Menschenrechte der Bevölkerung beschnitt und verletzte, spielte dabei für die potentiellen Investoren offensichtlich keine abschreckende Rolle. Es ist erstaunlich, daß bei jüngsten Umfragen Park Chung-Hee von einer großen Mehrheit zu den besten koreanischen Politikern gerechnet wurde.

Furcht vor weiteren negativen Entwicklungen

Die Periode eines ständigen Wirtschaftswachstums ist zwar noch nicht gebrochen, es mehren sich aber Anzeichen, daß Südkorea vor einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten steht, die durch die politischen und gesellschaftlichen Probleme im Land noch verstärkt werden. Die Wirtschaft Koreas hat seit 1995 an Dynamik verloren und befindet sich zur Zeit in einer Phase einer relativen Rezession. Die Wirtschaftslage des Landes wird für dieses Jahr eher kritisch gesehen, da das ursprünglich genannte Wachstumsziel von 6 Prozent für 1997 sicher nicht erreicht wird. Für die Koreaner ist die langsam fallende Steigerungsrate, die im Jahr 1996 noch 7,1 Prozent betrug und 1995 noch bei 8,9 Prozent lag, ein Alarmzeichen.

Die pessimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft des Landes wird durch seine wachsende Verschuldung und eine Inflationsrate von vier Prozent weiter verstärkt. Die bis vor kurzem vorherrschende Stimmung von Aufbruch und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung ungebrochen fortsetzen zu können und auch politisch durch demokratische Reformen an innerer Stabilität zu gewinnen, ist im Südkorea von heute wie fortgefegt. Es sind dabei eigentlich weniger die tatsächlichen Gegebenheiten und harten Wirtschaftsdaten, die zu einer so tiefgreifenden Verunsicherung Anlaß geben müßten. Irgendwie ist die Stimmung im Land umgeschlagen und führt zu einer allgemein verbreiteten Furcht vor weiteren negativen Entwicklungen.

Bei der für Dezember dieses Jahres vorgesehenen Präsidentschaftswahl sieht es so aus, als spielten sich die Auseinandersetzungen im wesentlichen zwischen den „drei Kim“ ab. Da ist zunächst der Amtsinhaber Kim Young-sam und zum anderen der unverwundliche *Kim Dae-jung*, der nach mehreren Niederlagen, verbunden mit Erklärungen, daß er endgültig die politische Bühne verlassen werde, es noch einmal versuchen will. Und da ist zum Schluß *Kim Jong-pil*, der die Partei der *Vereinten Liberalen Demokraten* (ULD) vertritt. Da nach der Verfassung der Amtsinhaber nicht für eine zweite Wahlperiode gewählt werden kann, wird er versuchen, als Königsmacher die Wahl seines Nachfolgers möglichst selbst bestimmen zu wollen.

Kim Dae-jung vertritt den *Nationalen Kongreß für Neue Politik* (NCNP), eine Partei, die die politische Erneuerung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Ihm haftet inzwischen das Image eines Verlierers an, da er es bisher nie geschafft hat, außerhalb der Cholla-Provinz, seiner Heimatregion im Süden des Landes, auf gesamtnationaler Ebene hinreichend politische Unterstützung zu finden. Während Kim Dae-jungs Partei bei den vergangenen Wahlen im April 1996 Verluste erlitt, konnte Kim Young-sams *Partei des Neuen Korea* (NKP) sich trotz leichter Verluste als stärkste Partei behaupten. Gewinner der Wahlen vom April 1996 war die ULD, die sich erheblich steigern konnte, aber mit 16,5 Prozent hinter den beiden großen Parteien NCNP mit 34 Prozent und NKP mit 25,3 Prozent lag.

Nach den jüngsten Skandalen, in die sein Sohn direkt und der Präsident indirekt ganz erheblich verwickelt sind, wird der Einfluß von Kim Young-sam auf den Ausgang der nächsten Präsidentschaftswahlen nicht mehr ganz so hoch eingeschätzt. Auch sind wohl Überlegungen endgültig vom Tisch, über eine Verfassungsänderung ihm noch eine zweite Chance zu verschaffen. Gewachsen ist aber sicher seine Sorge, daß er möglicherweise dasselbe Geschick wie seine Vorgänger erleiden könnte, die wegen Bestechung verurteilt wurden, wenn es ihm nicht gelingt, einen Mann seines Vertrauens in das Amt des Präsidenten zu bringen. Denn die Vorwürfe gegen Kim Young-sam, daß er unkorrekterweise Gelder des früheren Präsidenten Roh Tae-wo für seine Wahlkampagne 1992 angenommen hat, sind immer noch nicht vom Tisch.

Das koreanische Nationalgefühl zwischen Stolz und Verunsicherung

In Seoul wurde Ende 1996 das neuerrichtete Museum für nationale Geschichte und Kultur eröffnet. Das bis dahin für das Museum genutzte Gebäude war wegen der Pläne für die Wiederherstellung des alten Königspalastes niedergefallen worden. Es handelte sich um den von den Japanern nach der kolonialen Eingemeindung von Korea gebauten Gouverneurspalast, der bewußt als Ausdruck japanischen Machtanspruchs und der Unterwerfung des koreanischen Volkes

auf dem Gelände des alten Königspalastes errichtet worden war. Die nostalgische Rückwendung zur alten Yi-Dynastie im gegenwärtigen Korea ist ein Anzeichen für ein sich neu definierendes Nationalgefühl. Die Wiederherstellung des alten Königspalastes ist ein deutliches Bekenntnis dazu, die Zeit der nationalen Schande und des Verlusts der Unabhängigkeit vergessen zu machen und für das neue Korea, die selbständige Wirtschaftsmacht in Ostasien, Bezugspunkte in der Geschichte zu finden, die diesen Anspruch auf nationale Würde untermauern.

Im Museum für nationale Geschichte und Kultur fällt auf, wie groß die Zahl der Besucher ist und wie eifrig sich gerade junge Menschen Notizen über die Exponate machen. Die Vielzahl der ausgestellten Zeugnisse der kulturellen, religiösen und künstlerischen Fertigkeiten des koreanischen Volkes über die Jahrhunderte hinweg bedeutet den heutigen Koreanern offensichtlich viel bei der Entwicklung eines neuen Bewußtseins der eigenen Vergangenheit. Koreanische Künstler und Handwerker haben in der Vergangenheit großartige Kunstwerke geschaffen. Wenig bekannt ist die bedeutende Rolle, die Korea in der Vermittlung von Techniken, die man von chinesischen Vorbildern gelernt oder selbst entwickelt hatte, an das japanische Volk spielte.

In der koreanischen Geschichte ist die Zeit 1910–1945 eine relativ kurze Periode, aber sie hat tiefe Spuren hinterlassen, weil die Japaner seinerzeit mit Macht versuchten, koreanische Kultur, Sprache und politische Selbständigkeit zu vernichten. Das Trauma dieser Erfahrung, als Volk und Nation entwürdigt und gedemütigt worden zu sein, ist noch nicht überwunden. So sehr der wirtschaftliche Aufstieg mit dem immer noch verhaßten Nachbarn verbunden ist – schließlich begann das koreanische Wirtschaftswunder mit vielfältiger Lizenznahme von japanischen Unternehmen –, so bleibt das Verhältnis zu den Japanern doch bestimmt von einer Mischung aus Neid, Haß und Stolz auf die eigene Leistung. Man hat es den Japanern gezeigt und ist bereit, im Kampf um Märkte die mächtigen japanischen Firmen das Fürchten zu lehren.

Im Zusammenhang mit der Entschädigung der sog. *Comfort Women*, der koreanischen Frauen und Mädchen, die während des Pazifischen Krieges zur Prostitution im japanischen Heer gezwungen worden waren, werden alte Erinnerungen an japanische Menschenrechtsverletzungen wieder wach. Das ungeschickte Taktieren Japans in dieser Frage, aber auch die Verweigerung einer Anerkennung der japanischen Verantwortung für Verletzungen der Menschenrechte und einer Entschuldigung für begangene Greuelthaten schüren die ohnehin vorhandenen Ressentiments gegenüber den Japanern.

Nach 50 Jahren Unabhängigkeit ist das koreanische Nationalgefühl weiter bestimmt von der traumatischen Erfahrung der fortdauernden Teilung des Landes. Die Südkoreaner sind zwar stolz auf den erreichten Wohlstand und ihre wirtschaftliche Stärke, aber es bleibt ein Gefühl der Unsicherheit, ob dies alles, was so schnell und mit so viel Opfern auf-

gebaut worden ist, Bestand haben wird. Die Angst vor negativen Entwicklungen in Nordkorea, die Erfahrung der fortdauernden Krise der politischen Klasse und die Anzeichen eines Endes des Wirtschaftswachstums prägen die gegenwärtige Stimmung im Land.

Besorgnis über die politische Situation in Nordkorea

Nordkoreas Führer *Kim Jong-Il* gibt der Außenwelt weiterhin Rätsel auf, da er bisher immer noch nicht offiziell die Nachfolge seines Vaters *Kim Il-sung* in den Ämtern des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der kommunistischen Partei angetreten hat. Bisher hat der jetzt 55jährige *Kim Jong-pil* nur den Posten des Oberbefehlshabers der nordkoreanischen Volksarmee übernommen, der allerdings, „da die Macht aus den Gewehren kommt“ (Mao Zedong), das wichtigste der zu vergebenden Ämter darstellt.

Im Februar 1997 starben innerhalb einer Woche sowohl Verteidigungsminister *Choe Gwang* als auch sein Stellvertreter *Kim Kwang-jin*, wodurch eine Neuordnung der militärischen Spitze notwendig wurde. Ausländische Beobachter betonen, daß bei den Beisetzungsfeierlichkeiten wichtige politische Persönlichkeiten, die zu den Wirtschaftspragmatikern gerechnet werden, fehlten. Es hat den Anschein, als ob der Einfluß des Militärs in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krise im Wachsen begriffen sei.

Trotz des fehlenden Charismas von *Kim Yong-Il*, dem alle Talente zum „Großen Führer“ zu fehlen scheinen, die seinen Vater *Kim Il-Sung* auszeichneten, versucht die nordkoreanische Propaganda doch, den eher langweilig wirkenden Sohn als nationale Führungspersönlichkeit aufzubauen. Das führt in der offiziellen Regierungspropaganda zu lyrischen Ergüssen, in denen *Kim Yong-Il* als „unser *Gott*“, mit dem wir leben und unsere Schwierigkeiten überwinden“, geschildert wird. Nordkoreanische Fischer berichten, daß sie in Seenot das Lied des großen Führers *Kim Yong-Il* mit dieser Passage gesungen und dadurch die Kraft gefunden hätten, sich aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien.

In die Vorbereitungen für den Geburtstag von *Kim Yong-Il*, der im großen Stil in *Pyöngyang* gefeiert werden sollte, platzte im Februar 1997 die Nachricht von der Flucht des Chefideologen der Partei, *Hwang Jang-yop*, der sich nach Asylsuche in der südkoreanischen Botschaft in *Beijing* über die Philippinen in den Süden absetzte. *Hwang* hatte sein Überlaufen zum „Klassenfeind“ sorgfältig vorbereitet und sich, nachdem er im April nach Südkorea gekommen war, ausführlich zu seinen Motiven geäußert. Seine zentrale Aussage mußte die Partei im Norden besonders reizen, weil *Hwang* bestritt, daß die Auseinandersetzung zwischen Nord- und Südkorea sich auf dem ideologischen Feld zwischen Sozialismus und Kapitalismus abspiele, daß es vielmehr eigentlich ein Konflikt zwischen Kapitalismus im Süden und einer feudalen Diktatur im Norden sei.

Den Studenten im Süden, die sich für die *Juche*-Ideologie – die Ideen eines eigenständigen Sozialismus, die die offizielle Staatsideologie Nordkoreas darstellt – begeistern, warf der ehemalige Chefideologe vor, sie seien eine naive Gruppe von Phantasten, die sich ideologisch hätten mißbrauchen lassen. Andererseits warnte *Hwang* davor, Nordkorea zu unterschätzen. Das System im Norden sei zwar gegenwärtig in großen Schwierigkeiten, aber mit einem Heer von über einer Million Soldaten immer noch von erheblicher militärischer Stärke. *Hwang* bekräftigte damit die Analyse anderer Beobachter, daß die Militärs im Norden auf militärische Mittel als Lösung der gegenwärtigen politischen Krise setzen könnten.

Die Anzeichen für eine weitverbreitete *Hungersnot in Nordkorea* haben sich in jüngster Zeit vermehrt. Seit drei Jahren ist die Grundversorgung der nordkoreanischen Bevölkerung von 24 Millionen nicht mehr gesichert. Bisher sind größere Fluchtbewegungen der hungernden Bevölkerung ausgeblieben, wie sie von manchen Stellen in Südkorea als Horror-szenario beschworen werden. Die Macht der kommunistischen Partei scheint immer noch auszureichen, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten.

Verantwortlich für den wachsenden Notstand sind *Mißernten*, die durch Überflutungen und extrem kalte Winter in den Jahren 1994 bis 1996 verursacht wurden. Hinzu kommen eine verfehlte Politik einer rigorosen Kollektivierung in der Landwirtschaft und massive Eingriffe in die Natur, bei der Wald auf den Hügeln gerodet und für den Terrassen-Anbau nutzbar gemacht wurde, ohne die ökologischen Folgen bedacht zu haben. Durch die seit dem Tod von *Kim Il-Sung* im Jahr 1994 eingetretene ideologische Verunsicherung und außenpolitische Isolierung des Landes ist die Hilfeleistung der ehemaligen sozialistischen Ländern eingestellt worden. Nur die Volksrepublik China engagiert sich noch, allerdings nur in stark reduzierter Form.

Die Wiedervereinigung läßt auf sich warten

In Südkorea besteht unter der Bevölkerung durchaus die Bereitschaft, den notleidenden Menschen im getrennten Norden zu helfen. Allerdings wird eine tatkräftige und unbürokratische Hilfe durch die politischen Manöver der beteiligten Regierungen immer wieder behindert bis verhindert. Die nordkoreanischen Behörden wollen keinen direkten Kontakt und bestehen darauf, daß Hilfslieferungen über Drittländer laufen, bzw. auf den Seeweg ins Land gebracht werden. Immerhin haben in Südkorea die christlichen Kirchen sich mit buddhistischen Mönchen zu gemeinsamen Sammelaktionen für die nordkoreanische Bevölkerung zusammengefunden. In *Seoul* wurde am 12. April 1997 von der Bewegung „*Help Our People*“, einer interreligiösen Aktionsgemeinschaft von katholischen und protestantischen Christen und Buddhisten, eine Spendenaktion gestartet, die Geld für den Ankauf von 100 000 Tonnen Getreide erbrachte.

Aufsehen erregte die Meldung, daß die nordkoreanische Regierung Mitte 1996 dem Bau eines kirchlichen Krankenhauses mit 200 Betten in der Freihandelszone Najin-Sondong im Dreiländereck zwischen China, Rußland und Nordkorea zugestimmt habe, der von den Missionsbenediktinern von St. Ottilien vorangetrieben werden soll. Die für Mai 1997 vorgesehene Eröffnung mußte wegen Verzögerung der Baumaßnahmen auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Jetzt wurde aber bekannt, daß die nordkoreanischen Behörden einer Wiederaufnahme des Baus zugestimmt haben. Mit der Fertigstellung wird 1998 gerechnet. Die Missionsbenediktiner hatten in Nordkorea eine große Abtei in Yenki, die sie nach der Machtübernahme der Kommunisten aufgeben mußten. Die Benediktinermönche wurden vertrieben, einige eingekerkert und getötet. Die Mehrheit machte in Waegwan in Südkorea einen Neuanfang.

Seit einigen Jahren bemühen sich die Benediktiner von Waegwan, in Nordchina unter den dort lebenden koreanischen Christen alte Verbindungen aufzugreifen. Inwieweit es ihnen gelingen kann, in Nordkorea wieder in irgendeiner Form Fuß zu fassen, bleibt abzuwarten. Die Bemühungen werden jedenfalls auch von den Bischöfen Südkoreas mit großem Interesse verfolgt.

Statistische Angaben über die Zahl der Christen in Nordkorea sind wegen der fehlenden kirchlichen Strukturen nicht zu erhalten. Es gibt daher nur mehr oder weniger gut begründete Schätzungen. Für das Bistum Pyöngyang ist Kardinal *Kim* von Seoul, für das Bistum Ham Heung und die Territorialabtei Tokwon Altabt *Placidus Ri* von Waegwan nominell zuständig. Bei einer internationalen Missionskonsultation in New York im März 1997 war auch ein offizieller Vertreter Nordkoreas, *Kang Young-Sup*, anwesend, der Vorsitzender der christlichen Liga Nordkoreas und zugleich Mitglied des nordkoreanischen Parlaments ist. Kang gab an, daß es in Nordkorea 520 „Hauskirchen“ gebe, die beim staatlichen Büro für religiöse Angelegenheiten registriert seien und die von 12 000 Gläubigen frequentiert würden. Außer den zwei Kirchen in Pjöngyang gebe es keine weiteren eigentlichen Kirchengebäude.

Direkt nach der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 herrschte in Südkorea eine gewisse Euphorie, in der die Wiedervereinigung der beiden Koreas als mehr oder weniger unmittelbar bestehend freudig erwartet wurde. 1991 wurde ein Grundlagenabkommen zwischen Nord- und Südkorea über Versöhnung, Nichtangriff, gegenseitigen Austausch und Kooperation auf Regierungsebene geschlossen, das eine geregelte Zusammenarbeit und langsames Aufeinanderzugehen verhieß. Dieses Abkommen ist aber dann nicht eigentlich wirksam geworden. Das südkoreanische Parlament hat es wegen der fehlenden verfassungsrechtlichen Grundlagen erst gar nicht ratifiziert.

Danach wurden die gegenseitigen Beziehungen eher schlechter denn besser. Eine wichtige Rolle spielten die Auseinandersetzungen zwischen den USA und Nordkorea über Inspektionen der nordkoreanischen Atomreaktoren durch

internationale Kontrollgremien wegen der Befürchtung, daß Nordkorea dabei sei, eigene Atomwaffen herzustellen. Nordkorea reagierte mit der Drohung, aus dem Atomwaffensperrvertrag auszutreten. Im September 1996 hat der Zwischenfall mit dem nordkoreanischen U-Boot, das mit bewaffneten Agenten in südkoreanischen Gewässern strandete, zu militärischen Auseinandersetzungen geführt und die Gefahr eines größeren Konflikts heraufbeschworen. Auf diplomatischen Druck seitens der USA hat sich Nordkorea Ende Dezember 1996 in einer öffentlichen Erklärung für den Zwischenfall entschuldigt und versprochen, sich für eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Norden und Süden einzusetzen. Seit längerer Zeit bemühen sich die USA darum, politische Gespräche über die Zukunft der koreanischen Halbinsel als *Vier-Parteien-Gespräche*, d. h. mit den beiden Hauptkontrahenten Nord- und Südkorea sowie den USA und der Volksrepublik China, in Gang zu setzen. Nach zwei vergeblichen Anläufen zeigte sich Nordkorea im Frühjahr 1997 bereit, ernsthaft in Gespräche einzutreten.

Diese politischen Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel haben zusammen mit den Beobachtungen der Schwierigkeiten der deutschen Wiedervereinigung dazu beigetragen, die Erwartungen in eine schnelle Aufhebung der Trennung zu dämpfen. Denn in Südkorea hat man die Schwierigkeiten, die der starken westdeutschen Wirtschaft aus der neugeschenkten Einheit erwachsen, sehr aufmerksam verfolgt. Eine mögliche Vereinigung der beiden Koreas hat bei dieser Betrachtung eher den Charakter eines drohenden Szenarios angenommen, als daß es als verlockende Vision erscheinen könnte.

Zwei Expräsidenten wurden zu langen Haftstrafen verurteilt

Die Anzeichen für den Niedergang des politischen Systems im Norden zusammen mit den massiven wirtschaftlichen Problemen und der drohenden Hungersnot werden daher gegenwärtig im Süden ganz und gar nicht als Anzeichen eines nahenden Endes des kommunistischen Systems begrüßt, sondern vielmehr als eine mögliche nationale Katastrophe größten Ausmaßes gefürchtet. Der südkoreanische Präsident sprach von der Situation Nordkoreas als der eines Flugzeuges, dessen Motoren im Flug zu stottern beginnen, wobei es unbedingt darauf ankomme, daß die Maschine möglichst schnell eine glatte Landung mache. Eine „glatte Landung“ dürfte bei diesem Vergleich gleichbedeutend sein mit einer über mehrere Jahre gestreckten Periode eines langsamen Systemwandels und Systemangleichs, um die Gefahr eines plötzlichen Absturzes zu vermeiden.

Gegenwärtig funktioniert das politische Überwachungs- und Unterdrückungssystem im Norden noch, um die Flucht von größeren Menschenmassen nach China oder Rußland zu unterbinden. Von beiden Staaten werden Flüchtlinge bisher,

wenn sie ergriffen werden, so gut wie ausnahmslos zurückgeschickt, wobei sie nach ihrer Rückkehr in Nordkorea mit schärfsten Strafen, in der Regel mit der Todesstrafe, zu rechnen haben. Die Grenze zwischen dem Süden und Norden ist dagegen so hermetisch abgeriegelt, daß in der Vergangenheit nur ganz wenigen ein Überschreiten gelungen ist.

1995 betrug das Brutto sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in Südkorea 10 076 Dollar, während es im Norden nur bei 957 Dollar lag. Der jährliche Zuwachs des Brutto sozialprodukts im Süden ist inzwischen höher als das gesamte jährliche Brutto sozialprodukt der 24 Millionen Nordkoreaner. Trotz der relativen Wirtschaftskraft Südkoreas wird eine mögliche Wiedervereinigung mit dem Norden wegen der immensen Kosten als eine echte Bedrohung des eigenen Wohlstands angesehen. Berechnungen der Kosten einer möglichen Wiedervereinigung belaufen sich auf die phantastische Summe von 1000 Milliarden Dollar.

Das Oberste Gericht Südkoreas hat am 17. April 1997 die Urteile eines unteren Gerichts als rechtskräftig bestätigt, nach denen die früheren Präsidenten *Chun Doo-hwan* und *Roh Tae-woo* zu lebenslanger Haft im Fall von Chun und zu einer 17jährigen Gefängnisstrafe im Fall von Roh verurteilt wurden. Beide Angeklagte erhielten zusätzlich sehr hohe Geldstrafen, die den Beträgen entsprechen, die ihnen durch Bestechung zugesteckt wurden. Damit wurden Befürchtungen im Land entkräftet, daß die für einen Militärputsch, Menschenrechtsverletzungen und Korruption Verantwortlichen einer von der Mehrheit der Bevölkerung geforderten Bestrafung durch vorzeitige Amnestierung entgehen könnten.

Als wichtigstes Element des endgültigen Urteils des Obersten Gerichts wird angesehen, daß erstmals in der Geschichte des Landes ein Militärputsch als Verbrechen geahndet wurde. Die oft als nachträgliche Legitimation vorgeschobenen Gründe, daß nur auf diese Weise die innere Sicherheit des Landes gewährleistet werden konnte, oder daß durch die Militärdiktatur schließlich das wirtschaftliche Wachstum des Landes sich ungestört habe entwickeln können, wurden damit als falsch zurückgewiesen.

In der koreanischen Bischofskonferenz wurde die Frage, ob die beiden Ex-Präsidenten bestraft oder besser begnadigt werden sollten, kontrovers diskutiert. Während Kardinal Kim von Seoul und der Erzbischof von Kwangju, *Victorinus Ri*, sich für eine Bestrafung aussprachen, votierte der emeritierte Bischof von Suwon, *Angelo Kim*, gegen eine Strafverfolgung und für eine Amnestie als Beitrag zur Versöhnung im Lande.

Diese Stellungnahmen spiegeln unterschiedliche Haltungen zum Auftrag der Kirche wider, sich in den brennenden gesellschaftlichen und politischen Fragen der Nation mit eigenen Stellungnahmen zu Wort zu melden. Das Ansehen der katholischen Kirche im Land und die persönliche Hochachtung vor der Person von Kardinal Kim von Seoul beruhen nicht zuletzt darauf, daß in der Vergangenheit die Kirche sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit engagiert

hat. Die Kathedrale von Myongdong im Herzen von Seoul ist daher nicht nur als Gotteshaus, sondern auch als Ort politischen Widerstands gegen die jeweils Mächtigen zu einem Symbol im Land geworden. Die Vorgänge während der Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung über die Arbeitsgesetze vor einem Jahr haben dies noch einmal deutlich gemacht.

Ende des Wachstums der katholischen Kirche

Über lange Jahre hinweg galt die katholische Kirche in Südkorea als Ausnahmefall unter den asiatischen Ortskirchen, weil allein hier ein Wachstum zu vermelden war und die Zahl der Erwachsenen aufen sich ständig erhöhte. Über das Phänomen des Kirchenwachstums und seine möglichen Ursachen wurde viel spekuliert, ohne daß es von kirchlichen Stellen im Land selber oder von auswärtigen Beobachtern schlüssige Antworten gab. Tatsache ist jedenfalls, daß die Zahl der Katholiken sich in den letzten zehn Jahren von 1,5 auf über 3 Millionen verdoppelt hat. Gleichzeitig wuchs auch die Zahl der protestantischen Christen ebenfalls über viele Jahre kontinuierlich, so daß die christlichen Kirchen zusammen mit ca. 14 Millionen Protestanten und 3,5 Millionen Katholiken die stärkste Religionsgemeinschaft in Südkorea darstellen.

Die Phase des ungehemmten Wachstums kam für die protestantischen Kirchen vor etwa fünf Jahren zum Stillstand und hat sich inzwischen in ein langsames Schrumpfen der Mitgliedszahlen verwandelt. Für die katholische Kirche hat Mitte der 90er Jahre ebenfalls eine Periode der Stagnation begonnen. Schon vorher hatte Kardinal Kim darauf hingewiesen, daß es für die katholische Kirche in Korea jetzt darauf ankomme, die neugewonnenen Christen zu einer Vertiefung ihres Glaubens zu führen. Damit räumte er ein, daß in der Zeit des schnellen Wachstums die Vorbereitung der Katechumenen auf die Taufe nicht in allen Fällen zufriedenstellend war. Die sprunghaft gewachsenen Pfarreien waren ebenfalls nur eingeschränkt in der Lage, die pastorale Betreuung der vielen neuen Gläubigen zu leisten. Ohne die Nachbarschaftsgruppen, die so gut wie in allen Pfarreien in Südkorea bestehen, wäre die Lage noch weitaus schwieriger gewesen.

Es ist an der Zeit, daß die Verantwortlichen in diesen Nachbarschaftsgruppen eine bessere Vorbereitung für ihre so wichtigen Aufgaben erhalten. Bisher wurde die Ausbildung von Laienkräften gegenüber der Priesterausbildung sträflich vernachlässigt. Die starken Jahrgänge von Priesteramtskandidaten gehören aber inzwischen in Südkorea ebenfalls der Vergangenheit an. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Priesterseminare von den zwei in Seoul und Kwangju seit Jahren bestehenden auf sieben gestiegen. In Taegu, Suwon, Pusan, Incheon, Taejon wurden zum Teil sehr große Neubauten errichtet.

Die meisten dieser Seminare verfügen nicht über hinrei-

chend qualifizierte Professoren, so daß die Qualität der theologischen Ausbildung zu wünschen übrig läßt. Es mehrten sich die Stimmen, die dafür plädieren, sich eher auf einige wenige Seminare oder besser noch auf universitäre theologische Einrichtungen zu konzentrieren, als die Zersplitterung der theologischen Ausbildung durch immer neue Seminare weiterzutreiben. Erste Versuche hat die Sogang Universität der Jesuiten in Seoul unternommen, die eine *Graduate School for Religion* aufbaut, um in einem dreijährigen Studiengang den Grad eines Magisters der Theologie verleihen zu können. Allerdings fehlt es an Kooperationsbereitschaft, die notwendig wäre, wenn daraus eine nationale theologische Institution werden soll, die Studenten auch bis zum theologischen Doktorat führen könnte.

Eine Untersuchung des nationalen Rates für das Laienapostolat über das religiöse Leben und die Praxis der Katholiken in Südkorea, die im März 1997 in Seoul veröffentlicht wurde, belegt eine deutliche Abnahme der Beteiligung am Leben der Kirche und am Sakramentenempfang, die ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Situation der katholischen Kirche in Südkorea wirft. Auf der einen Seite zeigt sich eine weitverbreitete Distanz zur offiziellen Lehre der Kirche, auf der anderen Seite sprechen viele von der Notwendigkeit einer vertiefenden Neuevangelisierung und drücken ihre Bereitschaft aus, daran mitzuarbeiten. Als Gründe für das Erlahmen religiöser Praxis nennen die bei der Untersuchung befragten Katholiken fehlende Freizeit, Enttäuschung über das Erscheinungsbild der Kirche und den Lebensstil von Priestern und die negativen Einflüsse einer Gesellschaft, die ganz von materialistischen Vorstellungen geprägt sei.

Die koreanische Kirche als asiatische Ortskirche

Die koreanische Kirche spielt innerhalb der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) nicht die Rolle, die ihrer Größe und inneren Lebendigkeit entsprechen würde. Dies hängt sicher von einer Reihe von Faktoren ab. Die koreanische Kirche war von der Geschichte her immer etwas isoliert. Die theologischen Publikationen erscheinen in koreanischer Sprache und werden außerhalb des Landes daher so gut wie nicht gelesen. Das bringt mit sich, daß die theologische Diskussion nur in einem sehr kleinen Kreis innerhalb der koreanischen Kirche geführt werden kann. In den Gremien der FABC sind koreanische Kirchenführer und Theologen nur sehr schwach vertreten. Neben Schwierigkeiten mit dem in der FABC gängigen Englisch sind koreanische Theologen nicht gerade gewohnt, sich in Diskussionen um strittige Fragen und Problemen zu Wort zu melden.

Die Bemühungen um eine eigenständige koreanische Theologie sind bisher nicht recht weiter gekommen. Vor einigen Jahren hatten die irischen Columban-Patres die Zeitschrift *Inculturation* gestartet, die aber nach fünf Jahren als Zeit-

schrift eingestellt wurde und nur noch sporadisch als Newsletter erscheint. Ende 1996 wurde in Suwon das *Institute for Korean Thought* gegründet, das von dem koreanischen Theologen *Shim Sang-tai* geleitet wird. Aufgabe dieses Instituts soll es sein, Elemente einer koreanischen Theologie zu entwickeln und das Anliegen der Inkulturation der christlichen Botschaft in koreanische kulturelle und religiöse Traditionen zu vermitteln.

Mit dem Anliegen der *Minjung-Theologie* hatten katholische Theologen nie sehr viel zu tun. Am Anfang dieser Bewegung, die sich um eine Theologie für die unterdrückten Schichten in der koreanischen Gesellschaft – Fischer, Bauern und Industriearbeiter – bemühte, stand zwar der nicht unwesentliche Beitrag des katholischen Dichters *Kim Chi-ha*; die Entwicklung dieser Theologie des „einfachen Volkes“ wurde aber hauptsächlich im protestantischen Raum vorangetrieben. Seit den weltpolitischen Veränderungen Ende der 80er Jahre mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Osteuropa und dem Ende der autokratischen Militärherrschaft in Korea selber hat die Minjung-Theologie viel von ihrer Dynamik eingebüßt.

Irgendwie ist dieser theologischen Bewegung das Feindbild und die Idealvorstellung einer anderen Gesellschaft abhanden gekommen, so daß sie gegenwärtig eher nach neuen Ansätzen sucht, als daß sie das theologische Gespräch in Korea bestimmen könnte. In mancher Hinsicht sind die christlichen Kirchen in Südkorea verbürgerlicht, da die Neuzugänge sehr oft aus den jungen aufstrebenden Kreisen kamen, die innerhalb der expandierenden Wirtschaft, in den Universitäten und Schulen und verschiedenen eher mittelständischen Berufsfeldern ihren Weg zu gehen versuchen. Diese Kreise haben mit den Anliegen der Minjung-Theologie wenig gemein.

Bei den Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den koreanischen Gewerkschaften über die Arbeitsgesetze Ende des vergangenen Jahres spielte die nationale bischöfliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden eine wichtige Rolle. Die Regierung hatte neue Arbeitsgesetze ausgearbeitet, die den Unternehmen die Kündigung von Arbeitnehmern erleichtern und die Anordnung von Überstunden ermöglichen. Auch wurde die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften bis zum Jahr 2000 ausgesetzt und das System von betriebseigenen Gewerkschaften bis dahin festgeschrieben. In einer Sondersitzung des Parlaments am 26. Dezember 1996 wurde das neue Arbeitsgesetz zusammen mit zehn anderen Gesetzen in einer Blitzaktion von sieben Minuten ohne Beteiligung der Opposition, die die Sitzung boykottierte, durchgepeitscht. Die Gewerkschaften sahen die Notwendigkeit dieser Neuordnung nicht ein und setzten sich mit Hungerstreiks zur Wehr.

Als die Regierung drohte, die Gewerkschaftsführer, die zu Streiks gegen die neuen Arbeitsgesetze aufgerufen hatten, zu verhaften, zogen diese sich auf das Gelände der katholischen Myongdong-Kathedrale im Herzen von Seoul zurück.

Während die Militärdiktatur es nie gewagt hatte, den Schutzraum der Myongdong-Kathedrale zu verletzen, hatte die Regierung von Präsident Kim Young-sam im Juni 1995 Polizei eingesetzt und Gewerkschaftler, die sich in der Kathedrale im Hungerstreik befanden, verhaften lassen. Dies hatte damals zu scharfen Protesten der katholischen Kirche, vor allem von Kardinal Stephen Kim, geführt.

In einer persönlichen Begegnung mit Präsident Kim Young-sam drückte Kardinal Kim am 17. Januar 1997 dem Präsidenten seine Enttäuschung über die unsozialen Gesetze der Regierung aus. In weiteren Gesprächen mit den Gewerkschaften und der Opposition bemühte er sich um einen Kompromiß in der Auseinandersetzung um die Arbeitsgesetze. Die „Vereinigung katholischer Priester für Gerechtigkeit“ veranstaltete im Januar 1997 eine große Demonstration, an der aus dem ganzen Land Sympathisanten der streikenden Gewerkschafter sowie über 500 Priester teilnahmen. Die Regierung war letztlich gezwungen, dem verbreiteten

Widerstand gegen die Einschränkung der Rechte der Arbeiter im Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung nachzugeben.

In einem feierlichen Gottesdienst unter dem Vorsitz von Kardinal Kim hat das Komitee für Pastoral der städtischen Armen (Catholic Urban Poor Pastoral Committee) Ende April 1997 eine „Erklärung zur sauberen Armut“ verabschiedet, in der die katholische Kirche in Korea aufgefordert wird, durch eine Option für die Armen ein klares Zeichen gegen den wachsenden Materialismus zu setzen. Der Begriff der „sauberen Armut“ in der Erklärung bezieht sich auf das konfuzianistische Ideal des Beamten, der sich nicht bestechen läßt und sich für ein Leben in Armut entscheidet. Die Erklärung beklagt den Zerfall der öffentlichen Sitten in der koreanischen Gesellschaft von heute und fordert ein Ende der Korruption, des Egoismus und der Vorteilmahme der gegenwärtig herrschenden politischen und staatlichen Mächte.

Georg Evers

Kurzinformationen

Katholischer Kirchenvertrag für Thüringen

Als zweites der neuen Bundesländer hat jetzt *Thüringen* einen Vertrag mit dem Heiligen Stuhl abgeschlossen. Den Anfang machte *Sachsen*, dessen Vertrag mit dem Heiligen Stuhl am 2. Juli 1996 unterzeichnet wurde (vgl. HK, August 1996, 388 ff.). Auf Thüringen dürfte als nächstes neues Bundesland *Mecklenburg-Vorpommern* folgen. Der 32 Artikel umfassende „Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Thüringen“ samt Schlußprotokoll wurde am 11. Juni nach mehrjährigen, teilweise schwierigen Verhandlungen unterzeichnet. Er entspricht weitgehend dem sächsischen Vertrag bzw. regelt Materien, die sich in den schon länger bestehenden Staatskirchenverträgen zwischen der katholischen bzw. evangelischen Kirche und deutschen Ländern finden. Der Thüringer Vertrag erwähnt in seiner Präambel das Reichskonkordat von 1933 und das Preußenkonkordat von 1932. Im einzelnen enthält er Bestimmungen zur Diözesanorganisa-

tion, zum Status von Bistümern und Pfarreien als Körperschaften des öffentlichen Rechts, zum Recht zur Errichtung von Schulen in kirchlicher Trägerschaft, zur Förderung der kirchlichen Erwachsenenbildung und zum Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach an den öffentlichen Schulen. Der Vertrag garantiert die Seelsorge in Krankenhäusern und Justizvollzugsanstalten, die Berücksichtigung der Kirche in den elektronischen Medien und bei den staatlichen Mitteln für den Denkmalschutz. Art. 23 regelt die Staatsleistung an die Bistümer, zu denen Teile Thüringens gehören. Sie wird für 1997 auf 998 000 DM für die Abgeltung von Baulasten und 5 056 000 DM für die Abgeltung aller anderen älteren Titel festgesetzt. Nicht enthalten ist in dem Vertrag eine Bestimmung über die geplante *Katholisch-theologische Fakultät* an der Universität Erfurt. Gemäß Schlußprotokoll sind sich die Vertragsschließenden „darin einig, daß vor der vom Freistaat Thüringen beabsichtigten Neugründung einer Katholisch-Theologischen Fakultät an der Universität Erfurt er-

gänzende Vereinbarungen getroffen werden“. Bei der Unterzeichnung des Vertrags in der Erfurter Staatskanzlei sagte Ministerpräsident *Bernhard Vogel* (CDU), mit dem Staatsvertrag solle die besondere Bedeutung der Kirche für Wertorientierung und Gemeinwohl im Gemeinwesen gewürdigt werden.

Innenminister beschließen Observierung von Scientology

Die Innenminister von Bund und Ländern einigten sich am 6. Juni darauf, die umstrittene Scientology-Organisation bundesweit durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen, um so ihre Gefährlichkeit für den Staat und Gesellschaft in Deutschland untersuchen zu können. In Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen wurde Scientology bislang schon observiert. Schleswig-Holstein wird sich vorläufig an dieser Maßnahme nicht beteiligen, dort soll die Gesetzeslage eine solche Maßnahme bisher nicht erlauben. Grundlage des Beschlusses war die